

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1931

551 (26.11.1931) Morgenausgabe

Preis: Drei Mark monatlich, 2,90 M im voraus, im Verlag oder in d. Zweigstellen abgeholt 2,70 M. Durch die Post bezogen monatlich 2,10 M zuzügl. 42 Pf. Zustellgeld.
Kleinpreise: Verkaufsnummer 10 Pf., Sonntagsnummer 15 Pf., und Belegnummer 15 Pf. — Im Fall höherer Druck, Streif, Auslieferung usw. ist der Besitzer keine Ansprüche bei Rückgabe oder Nichterhalten der Zeitung. — Abbestellungen können nur schriftlich bis zum 25. d. Mts. auf den Monatswechsel angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Spalte 40 M., Stellen- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigter Preis. — Bekannte Seite 20 M., an erster Stelle 2,50 M., Wiederholung tarifreduzierter Rabatt. Bei Nichterhalten des Belegs, bei unrichtiger Betreibung und bei Konkreten außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Vertriebsort in Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Donnerstag, den 26. November 1931

Eigentum und Verleger von
: Ferdinand Thielen :
Verantwortlich: Karl Hoffmann
A. Kimmig: für politische Nachrichten
Dr. A. Wauer: für badische Nachrichten
i. B. Dr. C. Schenck: für Kommunalpolitik
A. Winder: für Lokales und Sport
A. Solberauer: für das Feuilleton
M. Köhler: für Oper und Konzert
Christ. Gerst: für den Handelsteil
Frisch: für die Anzeigen; Ludwig Meindl: alle in Karlsruhe (Baden).
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiser.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8859. — Beilagen: Volk und Heimat / Literarische Umschau / Romanblatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Reise- und Bäder-Zeitung / Landwirtschafts- und Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Aktion gegen die hessische NSDAP.

Hausdurchsuchungen bei Führern und im Darmstädter Braunen Haus. / Ein angebliches Regierungsprogramm nach Übernahme der Macht.

M. Darmstadt, 25. Nov. Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts fanden am Mittwoch in ganz Hessen Hausdurchsuchungen bei nationalsozialistischen Führern statt, insbesondere in der hessischen Geschäftsstelle im Braunen Haus in Darmstadt; ferner in den Wohnungen des Stabsführers Hauptmann a. D. Wajung (Darmstadt), des Gerichtsassessors Dr. Seif, Amtsanwalt in Alzenau bei dem Landwirt Dr. Wagner, Hofmeister Hof bei Büdingen und bei Kapitanleutnant von Datz (Darmstadt). Die Hausdurchsuchungen erfolgten wegen des dringenden Verdachtes der Vorbereitung zum Hochverrat in der Leitung der NSDAP. Gau Hessen. Sie begannen um 4 1/2 Uhr und dauerten bis in die Abendstunden. Vor Mitternacht ist, wie mitgeteilt wird, kaum ein Ergebnis aus der Durchsicht des Materials zu erwarten.

Hilfer, der ursprünglich am Mittwoch in Darmstadt an den Beratungen zur politischen Lage in Hessen teilnehmen wollte, ist, wie mitgeteilt wird, nicht nach Darmstadt gefahren. Die Beratungen finden im Braunen Hause in München statt.

Eine Darstellung der NSDAP.

Auf Anfrage wird von der Gauleitung der NSDAP in Darmstadt mitgeteilt, daß am Mittwoch nachmittags etwa 40 Kriminalbeamte in den Büroräumen der Gauleitung in der Bismarckstraße 11 erschienen und in der Zeit von 17 bis 19 Uhr eine Hausdurchsuchung vornahm. Der Zweck der Durchsicht sei, wie eine Hausdurchsuchung der Nationalsozialisten auf Anfrage mitgeteilt wurde, die Beschlagnahme von hochverräterischen Materialien. Wie die Gauleitung weiter erklärt, sei die Durchsicht vollkommen ergebnislos verlaufen. Es habe nicht den geringsten Anhaltspunkt für hochverräterische Bestrebungen gegeben werden können. Auch die zu gleicher Zeit bei führenden Persönlichkeiten der NSDAP an verschiedenen Orten Hessens durchgeführte Untersuchung sei ohne Ergebnis verlaufen.

Wie es heißt, handelt es sich bei dem Vorgehen der Polizei um ein von langer Hand vorbereitetes Unternehmen. Es war geplant, einen Hauptanschlag zu führen, der für die NSDAP völlig überraschend kommen sollte. Von den Darmstädter amtlichen Stellen liegt bis zur Stunde eine Mitteilung über den Erfolg der Polizeiaktion nicht vor.

Der Grund der Hausdurchsuchungen.

M. Berlin, 25. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das Land Hessen, vornehmlich aber Darmstadt, stand am Mittwoch nachmittags bis in die tiefen Nachtstunden hinein im Zeichen umfangreicher Hausdurchsuchungen bei Angehörigen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Die Hausdurchsuchungen sind auf Grund eines ganz bestimmten Materials vorgenommen worden, das die preussischen und hessischen Polizeibehörden in gemeinsamer Zusammenarbeit jagte gefordert haben und das dann dem Oberreichsanwalt Veranlassung gab, sofort eine große Polizeiaktion gegen die hessischen Nationalsozialisten einzuleiten. Das Vorgehen des Oberreichsanwalts wird mit dem Verdacht der Vorbereitung des Hochverrats begründet.

Soweit wir unterrichtet sind, spielt in den Anfängen dieser Aktion der eben erst gewählte nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Schäfer eine hervorragende Rolle. Er soll im letzten Augenblick Bedenken bekommen und die Polizei von dem Ergebnis seiner Besprechung nationalsozialistischer Führer und Landtagsabgeordneter auf dem Gut Hochheimer Hof bei Lambertheim unterrichtet haben. Das scheint richtig zu sein, Schäfer ist jedenfalls vor einigen Tagen ganz plötzlich durch die nationalsozialistische Partei fallengelassen worden.

Das, was bei den Hausdurchsuchungen vorgefunden wurde, grenzt bereits an das Fantastische. Soweit wir unterrichtet sind, hat man sich über die Maßnahmen geäußert, die nach der Übernahme der Macht in Hessen durch die Nationalsozialisten zu ergreifen sind. Zunächst wollte man einen Aufruf an die hessische Bevölkerung hinausgehen lassen und ähnlich wie am 9. November 1918 erklären, die bisherigen Träger der Staatsgewalt seien zusammengebrochen und hätten der nationalsozialistischen Partei die Verantwortung für die Zukunft überlassen. Der Entwurf dieses Aufrufes stellt fest, daß die Sturmabteilungen den gesamten Polizeidienst im Lande übernehmen und daß jeder verpflichtet ist, ihren Anordnungen Folge zu leisten. Widerstand soll grundsätzlich mit dem Tode bestraft werden. Außerdem sollen Igelgerichte eingeeicht und sämtliche Waffen im Lande eingekammelt werden. In dem Aufruf-Entwurf werden die Beamten aufgefordert, sofort wieder sich in ihre Ämter zu begeben und ihre Arbeiten fortzusetzen. Auch hier wird Widerstand oder Ungehorsam mit dem Tode bestraft. Der Aufruf selbst enthält noch eine weitere Reihe von ersten Maßnahmen der neuen nationalsozialistischen Regierung, die mit dem Tag ihres Anschlages Gesetzkraft erlangen sollen.

Interessant ist nun, was nach den angeblichen Plänen der Nationalsozialisten auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung zu geschehen hätte. Sämtliche vorhandenen und verfügbaren Lebensmittel sollten sofort den Sturmabteilungen oder deren Beauftragten zur Verfügung gestellt werden. Sofern Vorräte an Lebensmitteln nicht vorhanden sind, wird unentgeltliche Ablieferung gefordert. Jeder Händler und jeder Erzeuger, also jeder Landwirt, sollte verpflichtet sein, seine Vorräte den zuständigen Stellen anzuzeigen. Der Verkauf dieser Vorräte sollte generell verboten werden. Dafür wollte man nach kommunistischem Vorbild sogenannte Kollektivspeisungen einrichten und außerdem die Lebensmittelverteilung wieder vom Besitz von Lebensmitteln abhängig machen.

Bestimmte Richtlinien sind in jener Besprechung „zur Sicherung des gegenwärtigen Eigentumsstandes“ ausgearbeitet worden. Danach sollte über den Gesamtbesitz des Volkvermögens und des Vermögens jedes einzelnen Volksgenossen die Beschlagnahme

verhängt werden. Es wird dann weiter gesagt, daß es kein Privateigentum mehr gebe. Zwangsvollstreckungen sollen unterbleiben, vorgenommene Vollstreckungen aufgehoben werden. Es wird weiter die Verjährung von Ansprüchen aufgehoben, ebenso der Zinslauf von Geldforderungen, weiter der Mietzins für Wohnräume. Die Schuldner von Verbindlichkeiten über 1000 Mark sollen nach diesen Richtlinien dem zuständigen Amtsgericht ein Verzeichnis ihrer Gläubiger und ihrer Schulden einreichen. Das Gericht soll dann eine Eintragung herbeiführen lassen. Gelangt dieser Versuch, von denen mindestens einer aufgeföhrt werden, innerhalb von zwei Monaten Friststellungsfrist zu erheben, andernfalls würde die Forderung erlöschen. Ein besonderer Abschnitt der Richtlinien ist die Schaffung einer eigenen Verwaltungsabteilung, die die vorhandenen Behörden und Ministerien ersetzen. Auf dem Gebiete der Rechtsprechung sollen die Gerichte eingerichtet werden, die die Verträge zu ändern haben, und zwar soll ein „vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren“ gemäßt werden. Der Beschluß des Gerichtes soll in der Regel durch einen Einzelrichter erfolgen; nur wenn eine Todesstrafe in Frage kommt, sollen drei Richter amtierend, von denen mindestens ein Jurist als Vorsitzender fungieren muß. Auch die allgemeine Arbeitsdienstpflicht wird erwähnt. Danach ist jeder Deutsche vom 16. Lebensjahr an zur Dienstleistung nach Anordnung der vorgesetzten Behörde verpflichtet.

Vorläufig sieht es noch so aus, als ob es sich um eine rein hessische Angelegenheit handelt. Die Untersuchungen erstrecken sich aber in der Richtung, ob die Münchener Parteiführung von dem Vorhaben des hessischen Gaues Kenntnis gehabt und diese Pläne gebilligt hat.

Zentrum und Nationalsozialisten.

Dr. Frick über die Frage etwaiger Zusammenarbeit

M. München, 25. Nov. In einem heute im „Börslichen Beobachter“ erschienenen, „Wie lange noch?“ überschriebenen Artikel schreibt Dr. Frick u. a., die Nationalsozialisten würden neue (außenpolitische, Die Red.) Verpflichtungen der Regierung Brüning als für sie nicht rechtsverbindlich nicht anerkennen. Bisher habe das Zentrum noch nicht zu erkennen gegeben, daß es zu einer ehrlichen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten bereit sei. Das Zentrum verlange von den Nationalsozialisten grundsätzliche Änderung ihrer Ueberzeugung, wenn sie für das Zentrum koalitionsfähig werden wollten. Darauf könne das Zentrum lange warten. Nicht an den Nationalsozialisten sei es, sich zu ändern, sondern am Zentrum. Es sei jetzt fünf Minuten vor 12, es sei noch Zeit, daß sich das Zentrum eines Besseren besinne. In einigen Wochen und Monaten sei es zu spät. Dann werde die Geschichte über die „schwarzen, wie über die roten Marxisten“ zur Tagesordnung übergehen. Die Reichspräsidentenwahl, spätestens im April und die Preussische Landtagswahl, spätestens im Mai 1932 müßten die endgültige Entscheidung bringen.

Nur noch drei Minister in Hessen.

M. Darmstadt, 25. Nov. Die Lage in Hessen kann dahin gekennzeichnet werden, daß alle Parteien sich abwarten und verhalten. Die Regierung hat inzwischen beschlossen, das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft zum 1. Dezember aufzulösen. Das hessische Kabinett wird künftig also nur noch drei Ministerien haben.

Blutbad in Mährisch-Schlesien.

Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und tschechischer Polizei / 7 Tote und zahlreiche Verletzte

pp. Prag, 25. Nov. (Eigener Drahtbericht der „Badischen Presse“.) In dem bekannten Kurort Lindewiese bei Freiwaldau in Schlesien kam es am Mittwoch zu einem furchtbaren Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und Gendarmen bzw. Militär. Eine große Anzahl arbeitsloser Steinbrucharbeiter, fast ausschließlich deutscher Nationalität, hatten, um sich mit ihren früheren Arbeitgebern über Lohnhöhen auszusprechen, eine Versammlung einberufen. Die Arbeiter wurden jedoch am Abhalten der Versammlung durch großes Gendarmenaufgebot und drei Kompanien tschechischer Militärs behindert und in schroffer Weise zum Auseinandergehen aufgefordert. Als die verammelten Arbeiter dieser Aufforderung nicht sofort Folge leisteten, ging die Gendarmen mit scharfer Waffe vor und feuerte rücksichtslos in die Menge. 7 Tote und 17 Schwerverletzte, sowie zahlreiche Leichtverletzte, waren das Ergebnis dieses Blutbades, das unter der vollkommenen Beobachtung von Freiwaldau und Umgebung größtes Entsetzen und tiefste Erbitterung ausgeht hat. Außerdem wurden sieben Gendarmen durch Steinwürfe und Stockschläge verwundet. Unter diesen befindet sich auch der Befehlshaber der Gendarmen der von der Menge niedergeschlagen und mit lebensgefährlichen Verletzungen in ein Krankenhaus überführt wurde. Da man weitere Unruhen befürchtet, befinden sich alle in Mähren stationierten Garnisonen in erhöhter Bereitschaft.

Die Nachricht von diesem Vorfalle traf schon zwei Stunden nachher im Prager Abgeordnetenhaus ein, worauf die tschechischen Abgeordneten sofort an den Innenminister mit der Forderung um Aufklärung herantraten.

Lärmjzenen im Prager Abgeordnetenhaus.

In den Abendstunden erschien Innenminister Dr. Slavik persönlich im Abgeordnetenhaus, um über den folgenschweren Zusammenstoß zwischen Arbeiterpartei und Gendarmen zu berichten. Vor seinem Erscheinen spielten sich im Sitzungssaal toben die Szenen ab, wie man sie in Prag noch selten erlebt hat. Die anwesenden Kommunisten überschrien sämtliche Redner, so daß weder die Ansprache des tschechischen Abgeordneten Genger noch die Ausführungen anderer Parlamentarier verstanden werden konnten. Die lärmenden Proteste der Kommunisten gegen die Ereignisse von heute vormittag nahmen solche Formen an, daß der Hauspräsident ununterbrochen strafen mußte und schließlich die Parlamentswache beauftragte, den führenden kommunistischen Abgeordneten Kalo, der sich durch besonders beleidigende Ausfälle gegen die Regierung hervorhat, gewaltsam abzuführen.

Das dröhnende Pulverdeckelkonzert erreichte seinen Höhepunkt, als der Innenminister das Haus betrat und sich anschickte, in Anwesenheit der gesamten Regierung über die schlesische Demonstration zu sprechen. Sämtliche Abgeordneten verließen ihre Sitze und poskierten sich unmittelbar vor der Ministerbank, von wo aus den Ministern die beleidigendsten Ausdrücke zugerufen wurden.

Slavik beharrte in seinem und im Namen der Regierung die Vorfälle aus tiefster und gab bekannt, daß die Gendarmen selbst von den Demonstranten durch einen Steinhaufen angegriffen worden sei, worauf der Kommandant, der durch einen Augenstehenden eine schwere Verletzung im Gesicht davon getragen hatte, den Befehl

gegeben habe, eine Salve abzufeuern. Der Minister teilte dem Hause ferner mit, die Regierung habe beschlossen, eine Untersuchungskommission nach Freiwaldau zu senden, die noch heute nach Prag verlassen werde.

Die überraschend kurzen Ausführungen des Ministers wurden von den Kommunisten mit neuen Ständalrufen beantwortet, so daß die Sitzung aufgelöst werden mußte.

Eine Kundgebung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände.

— Berlin, 25. Nov. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände veranstaltete am Mittwoch abend im Sitzungssaal des Reichstags eine Kundgebung zur bevorstehenden Abrüstungskonferenz, bei der Vertreter aller Parteien von den Nationalsozialisten bis zur Staatspartei sprachen. Der Präsident des Arbeitsausschusses, Gouverneur a. D. Dr. Schnee, hob in seinen Eröffnungsworten hervor:

„daß das deutsche Volk nicht gewillt sei, auf die Dauer den Zustand einseitiger Abrüstung zu ertragen, der kein Recht verleihe und der mit seiner Sicherheit und seiner Ehre unvereinbar sei.“

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Ritter von Epp legte das wehrpolitische Kräfteverhältnis in Europa dar. Das kommende Deutschland werde eine Behandlung mit Luq und Trug, mit List, Täuschung oder Vergeßlichkeit nicht mehr hinnehmen. Der Wirtschaftsparteiler Sachse veranlaßte die Abschaffung der technischen Angriffsrüstung, besonders zur Luft. Wenn die Abrüstungskonferenz diese Forderung nicht erfüllen wolle oder könne, so sei festzustellen, daß der Verfall der Vertrauensverhältnisse zwischen den Nationen sei, die die in ihm geforderte Abrüstung verhindern haben.

Der deutsch-nationale Redner, Fregattenkapitän a. D. Scheibe, ging auf die Rüstungslage zur See ein. Als Grundlage für eine allgemeine gleiche Abrüstung zur See sei der Abmonteurwurf des vorbereitenden Abrüstungsausschusses noch unbrauchbarer als die bisherigen Konferenzbeschlüsse. Reichstagsabgeordneter Dr. Kodel (Ztr.) wandte sich besonders gegen die Ernsthaftigkeit der französischen Thesen, daß Frankreich keine Rüstung brauche, um Europa gegen die bolschewistische Gefahr zu schützen. Graf Westarp (Konserativ) betonte, daß in Europa nur Deutschlands Sicherheit bedroht sei. Graf von Quadt (Bayr. Vp.) stellte fest, daß es in der Abrüstungskonferenz darum gehe:

„ob Deutschland durch die Uebermacht seiner Nachbarn ständig bedroht sein solle oder ob auch die französischen Staatsmänner einsehen, daß Völkerverständigung und internationale Verträge von beiden Seiten erfüllt werden müßten.“

Schließlich sprach noch für die Landvolkpartei Abg. Dr. Geret die Erwartung aus, daß die Reichsregierung in der Abrüstungsfrage auf völliger Ehrlichkeit, Klarheit und Parität bestehe. Lemmer (Staatspartei) verwies auf die Pflicht Deutschlands, im Interesse der deutschen und der europäischen Zukunft die anderen Staaten zur Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtungen aufzufordern.

Vorläufiger Abschluß der Verhandlungen mit der Schweiz.

M. Berlin, 25. Nov. Bei den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen haben die Abordnungen heute ihre Arbeiten vorläufig abgeschlossen, um zunächst den beiderseitigen Regierungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen zu geben.

Schmuggel an der Westgrenze.

21 000 Schmuggler in einem Salbjahr aufgegriffen.

Berlin, 25. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Wie bereits aus zahlreichen Presseveröffentlichungen bekannt, hat der Schmuggel unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere im Westen des Reiches, einen außerordentlichen Umfang angenommen. Die Zollverwaltung hat zu seiner Bekämpfung umfangreiche Maßnahmen getroffen, deren Erfolg aus den nachstehenden Angaben ersichtlich ist. In der Zeit vom 1. April bis 30. September 1931 sind in den drei wesentlichen Landesfinanzamtsbezirken (Düsseldorf, Köln, Münster i. Westf.) insgesamt 21 000 Aufgriffe von Schmugglern erfolgt. Dabei haben u. a. folgende Waren beschlagnahmt werden können: 17 540 000 Zigaretten, 39 000 Zigarren, 78 000 Festen Zigarettenpapier, 22 100 Kilo sonstige Tabakerzeugnisse, 40 000 Kilo Kaffee, 203 300 Kilo Getreide, 97 600 Kilo Mollereierzeugnisse, 7780 Kilo Zucker, 118 Kilo Tee, 550 Kilo Schokolade, 1200 Kilo Kakao, 1670 Kilo Gemüse und Obst, 650 Fahrräder, 118 Kraftfahrzeuge, 2960 Kilo Benzin und Petroleum, 620 Kilo Feinschwarz, 286 Kilo Backwerk, 715 Stück Geflügel, 107 Liter Weinaceit.

„Das Geheimnis der Lübecker Giftpsychose“.

Der Vorsitzende des ärztlichen Vereins sagt aus.

Lübeck, 25. Nov. Die Mittwoch-Verhandlung im Calmette-Prozess beginnt wieder mit einem Zwischenfall. Rechtsanwalt Dr. Hoffmann, der Verteidiger von Dr. Altknecht, beantragte, zahlreiche Verzele aus allen Ländern der Welt sowie auch Dr. Ritter zu hören, der auf der deutschen Tuberkulosekongress 1931 in Nordsee betont habe, daß die Lübecker Verzele sich vom wissenschaftlichen und sozialen Standpunkt aus für berechtigt halten dürften, das Verfahren anzuwenden. Darauf unternimmt Rechtsanwalt Dr. Frey einen außerordentlich scharfen Vorstoß gegen die Angeklagten. Er führte aus, daß dieser Beweisanspruch offenbar nur gestellt worden sei, um den Prozeß zu verschleppen. Wenn das Mittel an hunderten Tausenden von Kindern ohne Schädigung in allen Ländern verabreicht wurde, solle man doch endlich über das Geheimnis der Lübecker Giftpsychose Aufklärung geben. Er frage auf Ehre und Gewissen die drei Herren, ob sie nicht in der Lage seien, durch eine offene Erklärung diesen Prozeß abzukürzen.

Die Vernehmung Dr. Riffoms, des Vorsitzenden des ärztlichen Vereins in Lübeck, bringt dann eine wesentliche Aussage, die auf Beschluß des Gerichts protokolliert wird. Er habe in der Versammlung des ärztlichen Vereins u. a. folgendes erklärt: „Ich halte mich in diesem Kreise verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß es in der deutschen Verzele bisher üblich gewesen ist, vor der Einführung ausländischer Verfahren deren Prüfung durch unsere deutschen wissenschaftlichen Untersuchungsstellen abzuwarten, und wenn gar die Prüfung dieses Verfahrens in Deutschland durch außenpolitische Umstände erschwert worden ist, indem den deutschen Untersuchungsstellen das Mittel aus politischen Gründen vorenthalten wurde, so müßte man doch Bedenken haben, dieses Verfahren inoffiziell in Lübeck einzuführen.“

Dr. Altknecht erklärt darauf: „Die Äußerung Dr. Riffoms, daß man noch die Untersuchungen abwarten solle, ist mir nicht in Erinnerung.“

Ein geheimnisvoller Wagenbrand.

Düsseldorf, 25. Nov. Der Kaufmann Fritz Cromm, in Burscheid wohnhaft, hat am Montag gegen 21 Uhr mit seinem Kraftwagen Opel den Berg bei Burscheid zu besteigen. Dort ist er nicht eingetroffen. Am Dienstag gegen 1.30 Uhr wurde sein Wagen kurz vor Benzath brennend vorgefunden. Von Cromm fehlt jede Spur.

Cromm war von seiner Firma, der Kreis-Obst- und Gemüsegewerkschaft in Opladen, vor einigen Tagen beurlaubt worden, da er im Verdacht stand, an den Veruntreuungen des bereits entlassenen Geschäftsführers der Firma beteiligt gewesen zu sein. Er soll noch einen größeren Geldbetrag bei sich gehabt haben.

Ein Vierteljahrhundert Deutsches Museum.

Von Peter Warmund.

„Dem deutschen Volk zu Ehr und Vorbild.“ Mit diesen Worten endet die Urkunde, die im November 1906, also vor fünfundsiebzig Jahren, in den Grundstein des Deutschen Museums auf der Insel in München eingeleitet wurde. Damals hatte das Deutsche Museum schon eine kleine Geschichte. Am 5. Mai 1903 legte Baurat Ostler von Müller, mit dessen Namen dieses Museum nun auf immer verknüpft sein wird, einem kleinen Kreise von Fachleuten und Gelehrten den Plan vor, ein Museum der Meisterwerke der Technik und Naturwissenschaften zu gründen, eine Ruhmeshalle für alle die Männer, deren Gedanken die Grundlagen der heutigen Kultur bilden, eine Fundstätte für den Techniker, Vorbild und Ansporn für das ganze Volk. Es war Georg Krauß, der Altmeister des Lokomotivbaues, der einen Monat später 100 000 Mark stiftete und damit den Grundstock zu dem künftigen Museumsvermögen legte. Zunächst befand sich das Museum in den Räumen des alten Nationalmuseums, die bald zu klein wurden; man nahm die Markterne hinzu, aber auch das erwies sich als unzureichend; die einzigartigen Schätze dieser Sammlungen sind erst in dem Neuen Museum auf der Insel zur Geltung gekommen, der städtisch das Tal beherrschend.

Es ist wohl nicht übertrieben, daß diese Kienleinschau der Technik auf der Welt ihresgleichen nicht hat und haben kann, denn ein sehr großer Teil der Schaugegenstände sind die originalen Geräte, Apparate und Maschinen, die ganz einzigartige Werte und Merkwürdigkeiten darstellen. Um aber von der Ausdehnung des Museumsbaus eine Anschauung zu gewinnen, muß man wissen, daß die Beschäftigung aller Abteilungen eine lange Wanderung von sechzehn Kilometern bedeuten würde — weshalb auch niemals alle Räume zugleich geöffnet werden. Technik und Naturwissenschaften stehen auf dem Programm dieser gigantischen Anlage, und es gibt tatsächlich keine ihrer Gebiete, das ausgelassen oder weniger ausführlich berücksichtigt worden wäre; also enthält das Deutsche Museum nicht weniger als vierzig Abteilungen, die wieder in kleinere Abteilungen gegliedert werden mußten; die Abteilung „Kraftmaschinen“ umfaßt deren gegen zwanzig, ebenso viele der „Schiffbau“, und jedes dieser Ressorts bildet eigentlich wieder ein Museum für sich, dessen Ausdehnung in dieser Kienleinschau allerdings weniger auffällt. Man muß sich vorstellen, daß etwa die „Musikinstrumente“ in einem wundervollen Saal mit Emporen und Galerien wertvolle alte Orgeln und originale Musikautomaten enthalten, deren Besuch allein unschätzbar wertvoll ist.

Der Grundgedanke des Deutschen Museums ist, Technik und Naturwissenschaften in fortlaufender Entwicklung anschaulich und für jedermann verständlich darzustellen, und so beginnt beispielsweise der „Hochbau“ mit den Wohnungen und Urmenschen, mit

Wie eine Düsseldorf-Zeitung zu berichten weiß, will ein Mann, der zufällig an dem Kraftwagen vorbeikam, beobachtet haben, daß zwei Männer mit Ausbesserungsarbeiten an dem Wagen beschäftigt waren. Als er 100 Meter von der Stelle entfernt gewesen sei, habe der Kraftwagen nach starkem Hüpen plötzlich in Flammen gebrannt. Er sei darauf zurückgegangen. Die beiden Männer seien jedoch bereits mit einem Motorrad verschwunden gewesen. Es ist also anzunehmen, daß Cromm nicht — wie erst angenommen wurde — einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Höchstwahrscheinlich ist er geflohen. Bei dem Kraftwagenbrand dürfte es sich um ein Verkleinerungsmanöver handeln. Darüber, ob Cromm tatsächlich Unterschlagungen begangen hat und wie hoch die veruntreute Summe ist, kann zurzeit noch nichts Genaueres gesagt werden.

Kommunistischer Anschlag auf ein Minenlager?

Ill. Büßfleth (Regierungsbezirk Stade), 25. Nov. Amtlich wird bekanntgegeben: Gestern wurden in Büßfleth einige Häuser von einem Kommando der Harburger Schutzpolizei und Beamten der Landes kriminalpolizei untersucht. Auf der Elbebrücke bei Harburg wurde ein auf dem Wege nach Büßfleth befindlicher Lastkraftwagen angehalten, durchsucht und beschlagnahmt. Die Insignien wurden festgenommen. Auf dem Wagen befanden sich eine Anzahl Gewehre, die für Reddinger Kommunisten bestimmt waren.

Wie weiter bekannt wird, sollen die Kommunisten einen Anschlag auf das Minenlager in Grauerort geplant haben. Der politische Polizei war dieser Plan bereits seit einiger Zeit bekannt. Aus diesem Grunde wurde bereits in der Vorwoche ein Reichwehrkommando zum Schutze des Minenlagers nach Grauerort verlegt.

Netz- und Bezirkskarten der Reichsbahn

Am 1. Januar 1932 wird die Reichsbahn Netz- und Bezirkskarten einführen. Zur Bildung von Netzarten ist das gesamte Reichsbahngebiet in Zusammenarbeit mit den interessierten Verbänden in 16 Gebiete eingeteilt worden, die sich zum Teil überschneiden und von denen jedes etwa 6000 Kilometer umfaßt. Ein solches Teilgebiet kann auf Netzarten, die nach Art der Zeitkarten in einem Pauschal ausgeben werden, beliebig häufig bereit werden. Ueber diese Gliederung hinaus werden die Reichsbahndirektionen in ihren Wirtschaftsgebieten eine Unterteilung nach Verkehrsgebieten kleineren Umfangs vornehmen. Solche Gebiete können mit Netzarten bereit werden. Sie sollen je nach Bedarf einen Streckenumfang von etwa 600 oder 1000 Kilometer umfassen bei einer durchschnittlichen Luftlinienentfernung zwischen den äußersten Endpunkten ihres Geltungsbereichs von etwa 75 oder 100 Kilometer.

Netz- und Bezirkskarten werden als Monatskarten ausgeben ohne Bindung an den Kalendermonat. Es ist also möglich, Karten von jedem beliebigen Montag bis zum Ende des Monats zu benutzen. Außerdem werden Netzarten auch für eine Kalenderwoche als Bezirksteilmontatskarten ausgeben.

Die Netzarten gelten für alle Züge, also auch für Schnellzüge, P.D., F.P.D. und Luxuszüge können gegen Zahlung der besonderen taritmäßigen Zuschläge dieser Züge ebenfalls benutzt werden.

Die folgenden Zahlen in Klammern sind die Preise bei Benutzung der zweiten Klasse.

Als Preise für die Netzarten sind in Aussicht genommen: Für die dritte Klasse 100 RM., (130).

Für die Netzarten des wesentlich kleineren Netzes Ostpreußen soll der Preis in der dritten Klasse auf 65 RM. (82) angesetzt werden. Außerdem wird für Ostpreußen in Verbindung mit Berlin eine Netzarte zum Preis von 100 RM. (130) ausgeben.

Werden gleichzeitig Netzarten für mehrere aneinanderschließende Netze gelöst, so ermäßigt sich der Preis für das zweite Netz um 40 v. H., der für jedes weitere Netz um 60 v. H., so daß also beispielsweise eine Karte dritte Klasse für drei Netze 100 plus 40 plus 40 gleich 200 RM. kostet.

Die Preise für Netzarten für kleine Bezirke (bis 600

Verzögerte Präsidentenwahl.

m. Berlin, 25. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Neuwahl des Präsidenten im preußischen Landtag, die am Mittwoch vor sich gehen sollte, ist im letzten Augenblick von der Tagesordnung abgesetzt worden. Sie hat sich zu einer politischen Senation ausgewachsen. Daß die Sozialdemokraten denselben Herrn Leinert, den sie vor sechs Jahren fallen ließen, weil auch in ihren Reihen lebhafteste Bedenken laut geworden waren wegen der Verhandlungen, die Herr Leinert um seine Pension geführt hat, jetzt wieder als Kandidaten präferierten, ist von der Parteien der Rechten als Provokation empfunden worden. Deutschnationale und Volkspartei haben erklärt, daß sie daraufhin ihre Vertreter im Landtagspräsidium abgeben würden. Die kleineren Gruppen der Rechten haben sich ihnen angeschlossen. Das Zentrum, das zunächst der Kandidatur Leinerts zugestimmt hatte, hat daraufhin Verätigung der Wahl beantragt und gleichzeitig auch den Sozialdemokraten sehr nahe gelegt, Leinert fallen zu lassen. Aber die Sozialdemokraten wollen nicht. Ihr Fraktionsvorsitzender hat sich am Mittwoch nachträglich noch einmal zu der Kandidatur bekannt, obwohl es ein öffentliches Geheimnis ist, daß der Fraktionsvorsitzende Heilmann den Standa vorausgesetzt und in der Fraktion einen anderen Kandidaten vorgeschlagen hat. Trotzdem scheint das Zentrum noch zu hoffen, daß man vielleicht Herrn Leinert persönlich dazu bringen kann, von sich aus zu verzichten. Er war am Mittwoch bereits im feierlichen Gehrock in der Sitzung erschienen, worüber die Kommunisten sich weitlich lustig machten. Jedenfalls ist die Wahl auch für den Donnerstag gar nicht erst auf die Tagesordnung gesetzt.

Aufhebung der Immunität des Abg. Ladendorff

Berlin, 25. Nov. Der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtags beschloß heute am Mittwochabend mit dem Schreiben des Justizministers über die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Ladendorff (Wirtschaftspartei) wegen Vergehens gegen § 314 des Handelsgesetzbuches, sowie wegen etwaiger sonstiger Straftaten, die mit der Tätigkeit Ladendorffs als Vorsteher des Aufsichtsrats der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz in Verbindung stehen. Nach kurzer Beratung entschied sich der Ausschuß für die Erteilung der Genehmigung.

Kilometer) stellen sich in der dritten Klasse Personenzug auf 40 RM. (52), in der dritten Klasse Güterzug auf 32 RM. (65). Bei Bedarf sollen wie erwähnt auch Bezirkskarten für größere Bezirke mit etwa 1000 Kilometer Streckenlänge und 100 Kilometer Luftlinienentfernung ausgeben werden. Die für Personenzüge in der dritten Klasse 50 RM. (65) und für Güterzüge in der dritten Klasse 30 RM. (45) gelten werden. Die Bezirksteilmontatskarten werden ebenfalls für kleine und große Bezirke ausgeben und kosten für kleine Bezirke dritte Klasse Personenzug 15 (18) RM., dritte Klasse Güterzug 18 (22) RM., für große Bezirke dritte Klasse Personenzug 17 (22) RM., dritte Klasse Güterzug 22 (27) RM.

Tages-Anzeiger.

- (Näheres siehe im Interneteil.)
Donnerstag, den 26. November.
- Landestheater: „Hänsel und Gretel“; hierauf: „Die Puppenfee“, 20 Uhr.
 - Bad. Hoftheater — Konzerthaus: Das Nöthenkonzert von Sandowicz, 20.30 Uhr.
 - Coliseum: Schmitz-Behmer, „Der Großhändler“, 20 Uhr.
 - Schwabwäldertheater: Unter Abend; Untere Stürme 1931/32 im Vereinslokal, 20 Uhr.
 - Städt. Theater: „Die Schöne Waise“, 20 Uhr.
 - Kaffee-Kabarett Roland: Tanz-Dez., 16 Uhr; abends: Das volle Konzertprogramm.
 - Kaffee-Haus: Gesellschaftstanz, 20.30 Uhr.
 - Kaffee-Haus: Konzertprogramm, 20.30 Uhr.
 - Kaffee-Museum: Konzertprogramm.
 - Victoria-Palast: Die Wolke fliehet; Programm.
 - Kienleinschau: Eine Ballnacht (und das ist die Hauptstunde); Programm.
 - Kienleinschau: Streifen aus dem Leben.
 - Zeubühne: Schön ist die Wandzeit; Programm.
 - Union-Theater: Rette die Kuh.

Karlsruher Vorträge: Das moderne Polen.

Vortrag in der Geographischen Gesellschaft.

Professor Dr. Wunderlich unterrichtet in musterhafter Ausführung an der Hand von Lichtbildern und reichlichem Kartenmaterial über unser Nachbarstaat im Osten, über Polen, über das so viel gesprochen und so wenig gewußt wird. Insofern ist Polen, das Uebergangsland von Westeuropa zum weiten Osten, eine von den Siegerstaaten künstlich geschaffene politische Staatsentbildung, als es mit seinen Grenzen in fremdes Volkstum einschneidet und dadurch einen Nationalitätenstaat, nicht einen reinen Nationalstaat bildet. Somit ist der polnische Staat von vornherein mit dem nationalen Minderheitsproblem überlastet; es gibt für Polen eine russische (ukrainische), eine weißrussische, eine litauische, eine östliche und eine deutsche Frage und es gilt für die polnische Regierung die Aufgabe, diese zentrifugalen Nationalkräfte, die nach Loslösung streben, zu überwinden. Diese innerpolitischen Spannungen werden vergrößert, wie der Redner glänzend darstellte, durch die Ungleichheit des kulturellen und wirtschaftlichen Aufbaus. Die 12 Jahre eigener Arbeit Polens konnten die Kienleinschau des kulturellen Aufbaus nicht bewältigen; zwischen den hochstehenden, laubenden, einmalig deutschen Gebieten und den rückständigen weißrussischen im Bereich des Westpols, zwischen dem abtägigen Großgrundbesitzer und dem polnischen Kleinbauern, zwischen dem aufstrebenden Kapitalisten und der Masse des jüdischen Stadtproletariats Klassen immer noch unüberbrückbare Gegensätze. Alle Anstrengungen der Regierung konnten der Schulnot kaum steuern und nur wenig den hohen Prozentsatz der Analphabeten herunterdrücken.

Wirtschaftlich ist Polen in erster Linie Agrarland (Roanen, Karzoffeln, Viehzucht) und die Regierung arbeitet fleißig und tatkräftig am Ausbau der Landwirtschaft; die Industrie Westpolens (Lodz und Warschau), einst entstanden, um das riesige Ausland mit billigen minderwertigen Artikeln zu versorgen, erhielt durch die neue Grenzsetzung einen gefährlichen Stoß, der nur mühsam ausgeglichen werden konnte durch Ausfuhr nach Rumänien und dem Balkan.

So groß die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten Polens auch sein mögen, an einen Zusammenbruch des Staates ist in absehbarer Zeit kaum zu denken. Im Gegenteil: die Bevölkerung wächst gewaltig an (alle drei Jahre um 1 Million); damit schwindet aber auch die deutsche Hoffnung hin, auf polnischem Boden einmal wieder wie im Mittelalter Siedlungsland für die überschüssige deutsche Bevölkerung zu gewinnen. Im Gegenteil: in den deutschen Ostprovinzen entsteht infolge der Agrarkrise eine Abwanderung nach Westen und damit ein Vakuum, in das leicht polnisches Volkstum eindringen könnte. Mit dem Bewußtsein, daß hier der deutsche Volkstift wichtige Aufgaben erwachsen, rückt der Redner die Hilfe in ein neues kulturell-nationales Licht und schloß seinen objektiv gehaltenen Vortrag mit der Mahnung: Was du ererbst von deinen Vätern hast, verwirte es um es zu besitzen.

Höhlen, Hütten, Zelten, Pfahlbauten, zeigt Stein- und Ziegelbau, den Ursprung der Städte, die mittelalterliche Stadt, die geschichtliche Entwicklung des Marktplatzes, Straßenführungen, planmäßig geordnete Städte, die Entwicklung der Stadtförm von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Jetztzeit — in dieser einen Schau allein liegt ein ganzes Kapitel Menschheitsgeschichte. Ein Planetarium, dessen Bestz ein von jeder Stadt erstrebt wurde, ist hier gleich in zwei Ausführungen — als ptolemäisches und kopernikanisches — vorhanden, die Mittelkuppel enthält etwa den Fraunhofer-Reflektor, der 1838 als größter der Welt für eine russische Sternwarte gebaut wurde, und die Diktoppel ein großes Spiegelfernrohr, durch das jedes oben verfügbare Gestein beschattet werden kann.

Wird so der Blick in die Unendlichkeiten des Kosmos gelenkt, so bergen die Kellerräume umfangreiche Bergwerks- und Stollenanlagen in naturgetreuer Größe mit Menschen und Pferden, und die Abteilung „Schiffbau“ führt ebenso die Innenräume der großen Dampfschiffe als ein originales Unterseeboot (U 1) vor, das mit seiner 42 Meter Länge die Ausdehnung eines ganzen Saales beherrscht. Ueberhaupt ist es das Bestreben, immer das Original zu zeigen, die alten Eisenbahnwagen ebenso wie die alten Volkstümchen in ihren mannigfachen Formen, die Altkienleinschau des Mittelalters sind ebenso aufgebaut wie die wunderhübschen Apotheken der Barockzeiten. Hier stehen kleine Maschinen, winzige Embryonen, Ränder weltbewegter Gedanken, die unser Dasein revolutioniert haben, im Ehrenraum der „Elektrotechnik“ findet man auf Postamenten jene historischen Apparate, unscheinbare Bakterien aus Eisenfäden und Drahtspulen, die ersten Dynamos von Werner-Siemens, die ersten Motoren, die ersten Dynamos von Werner-Siemens, die Vorläufer jener Kienleinschau, die heute den elektrischen Strom über die Lande tragen.

Ein primitiver, lächerlich einfacher Blechschrank: aus ihm schiedte Heinrich Herz die ersten elektrischen Wellen durch den Raum und entdeckte damit die drahtlose Telegraphie und den Rundfunk. Aus so einfachen Vorrichtungen wird Technik geboren; ihr Weg von den ersten Laboratoriumsversuchen bis zur letzten praktischen Vollendung wird hier aufgewiesen bis zu den neuesten Großkraftwerken in Deutschland, Italien, Amerika. Und dabei, zur Veranschaulichung des gewaltigen Fortschritts, die erste Zentrale Edison vom Jahre 1881.

Belehrung ist auch ein Zweck des deutschen Museums; daher sind die meisten Gegenstände auch in Betrieb zu sehen: man drückt auf einen Hebel und die Turbinen rasen, die Musikautomaten läuten, die Blechhülle klappert. Jeder Besucher darf und soll experimentieren.

Was diese Museumsorganisation in dem letzten Vierteljahrhundert an Belehrung und Förderung gespendet hat, ist nicht zu verneinen. Dauernde Kräfte strömen aus dem majestätischen Bau der Münchener Insel, und eben in dieser trübseligen Gegenwart öffnet sich dorthin ein neuer, frohlicher Ausblick: die deutsche Leistung auf allen naturwissenschaftlichen und technischen Gebieten. Im Ehrensaal sind alle großen Erfinder und Entdecker der Welt versammelt, und die deutschen stehen nicht an letzter Stelle unter ihnen.

Das Dienststrafverfahren gegen Pfarrer Eckert.

Disziplinarverhandlung am 11. Dezember.

Wie wir erfahren, ist die mündliche Verhandlung vor dem Disziplinargericht gegen Pfarrer Eckert, der gegenwärtig in Karlsruhe weilt, auf Freitag, den 11. Dezember, festgesetzt worden. Die von dem Anklagevertreter, Oberkirchenrat Dr. Friedrich, eingearbeitete Anklageschrift, stellt bekanntlich den Antrag auf Entlassung des Pfarrers Eckert unter Verlust aller Rechte aus der evangelischen Landeskirche. Die Anklage, über die das aus neun Personen bestehende kirchliche Disziplinargericht zu beschließen haben wird, fußt auf dem Gedanken, daß die Mitgliedschaft zur kirchenexternen kommunistischen Partei mit der Stellung eines evangelischen Pfarrers unvereinbar ist. Diese Mitgliedschaft hat Pfarrer Eckert in mehreren öffentlichen Versammlungen, darunter auch in einer Sitzung in Karlsruhe, dokumentiert. Nicht dagegen bezieht sich die Anklage auf die Gehorsamsverweigerung, die sich Pfarrer Eckert dadurch zu Schulden kommen ließ, daß er trotz der im Zusammenhang mit seiner Suspension erfolgten Urlaubsentziehung die Reise nach Baden antrat. Pfarrer Eckert, den Rechtsanwalt Dr. Diez vor dem kirchlichen Disziplinargericht verteidigen wird, lehrt voraussichtlich noch in dieser Woche nach Deutschland zurück, da er, wie man hört, bereits am 1. Dezember in Mannheim einen Vortrag über seine Rücklandeindrücke zu halten gedenkt.

Um den Durlacher Bürgermeisterei.

r. Durlach, 25. Nov.

Die hoffnungstreue Stimmung, die im unmittelbaren Anschluß an den zweiten Wahlgang auf gewisse Anzeichen hin in den Kreisen der bürgerlichen Wählerschaft Platz zu greifen begann, ist in den letzten Tagen mehr und mehr geschwunden. Die damals angekündigten Verhandlungen haben bis zur Stunde noch zu keinem Ergebnis geführt. Man hat sich im Gegenteil wieder weiter voneinander entfernt und bei einem Gang durch die Stadt sieht man, namentlich in den Morgen- und Abendstunden, da und dort Gruppen von Wählern und Nichtwählern beisammen stehen, die in schärfster Rede und Gebärde die Aussichten für den dritten Wahlgang erörtern und gelegentlich auch in temperamentvoller Weise ihrer Meinung über die „Schuldigen“ Ausdruck geben. Offenbar veranlaßt durch die letzten Ausführungen des Volksdienstes in der „Badischen Presse“ und in dem Bestreben, noch in letzter Stunde eine Einigung herbeizuführen, bringt das „Durlacher Tageblatt“ in seiner heutigen Nummer eine längere Zuschrift „aus Leichterfeld“ in der darauf hingewiesen wird, daß es eine Stadt wie Durlach, die achtgrößte im Lande, außerordentlich bedauerlich wäre, wenn sie sich aus Mangel an Einigkeit unter den Wählern einen Bürgermeister von Umtriebenem wählen lassen müßte. Zum Schluß wird noch ausgeführt, daß auch die Rücksicht auf die städtischen Finanzen eine Lösung im Sinne des bürgerlichen Wahlsyndikats verlangt und an den Volksdienst die dringende Mahnung gerichtet, noch in nächster Stunde eine Einigung zu ermöglichen.

Freitagabend um 8 Uhr findet nunmehr der dritte und letzte Wahlgang statt. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Wahl trotz aller bisherigen Enttäuschungen doch noch ein Ergebnis zeitigen möge, das unserer Bevölkerung den in heutiger Notzeit doppelt nötigen inneren Frieden bringt und der schwer in ihr Dasein ringenden Stadt zum Segen gereicht.

Zur Bürgermeistereiwahl in Badenweiler.

Der Gemeinderat hat sich nunmehr dahin geeinigt, der Wählerschaft die beiden Spitzenkandidaten Dr. Reidel und Dr. Böhrer zur Wahl als Bürgermeister zu empfehlen.

Aus den Weinbaugebieten Badens.

Freiburg, 23. Nov. Die „Weinbau und Kellereiwirtschaft“ berichtet, ist die Weinlese beendet und der Weineinkauf ruht. In den Weinbaugebieten sind die Weinpreise ortsweise etwas gefallen. In der letzten Weinlese wurden 30-34 Markt nur noch 28-30 je Hektoliter bezahlt. Der Wein ist gelund, behaftet aber vielfach mit einer Schwefelung, weil er leicht braun wird, und auch einer Fäulnis unterliegt, weil er noch zu sauer ist. Stellenweise ist bereits der Winterbau in Angriff genommen. Es ist beachtenswert, den durch die Weinlese besonders in Mitleidenhaft gezogenen Gemeinden Barmherzigkeit und Achtung durch Lieferung verbilligter Futtermittel staatlicherseits zu helfen.

Schweres Autounglück bei Buchen.

Der Fahrer des Wagens auf der Stelle tot.

Buchen, 25. Nov. Gestern vormittag um 11 Uhr ereignete sich auf der Straße Buchen-Unterendorf ein schweres Autounglück. Der Wagen des Sattlermeisters Buchert aus Ballenweier fuhr, vermutlich infolge Versagens der Bremsen, gegen einen Baum. Die beiden Insassen wurden herausgeschleudert, das Auto zertrümmert. Sattlermeister Buchert erlitt schwere Verwundungen im Gesicht sowie einen Armbruch, der Fahrer des Wagens, ein Sohn Bucherts, war auf der Stelle tot. Die beiden Verwundeten waren in der ganzen Umgegend als tüchtige Arbeiter geachtet.

Schwerer Sturz mit dem Motorrad.

Mittenheim (Amt Rehl), 25. Nov. Der in Rehl beschäftigte Zimmermeister Johann Michael Trieb von hier geriet an einer Kurve auf der nassen Straße mit seinem Motorrad ins Rutschen und stürzte. Mit einem schweren Schädelbruch wurde er von einem ins Feld fahrenden Landwirt aufgefunden und von einem Kreisarzt ins Krankenhaus gebracht. Inzwischen ist der Schwerverletzte ins Offenburger Krankenhaus verbracht worden.

Rehl, bei Bruchsal, 25. Nov. (Dem Wandstarkampf erliegen.) Infolge einer geringfügigen Kopfverletzung trat bei dem 27-jährigen Egon Riffel hier Wandstarkampf ein, dem er nach heftigem Leiden erlegen ist.

Bad Rappenau, 25. Nov. (Aus dem Zuge gestürzt.) Beim Einsteigen in den hiesigen Bahnhof stürzte der 40-jährige Jakob Kanner aus Siegelbach zu früh die Wagengänge und fiel aus dem noch fahrenden Zuge. Er war einige Augenblicke bewußtlos und erlag nach leichten Gesichtsverletzungen davon.

Mittelsweier, 25. Nov. (In der Badewanne verbrüht.) Schwer verletzt wurde die Familie des Johann Bauer jun. Während die Mutter von der Küche in das Wohnzimmer ging, um ein Kind zu waschen, kitzelte das älteste in die Badewanne voll heißen Wassers, wo es fast gänzlich verbrühte. Nachdem das Kind in das Krankenbett verbracht war, starb es nach einer halben Stunde.

Rehl, bei Bruchsal, 25. Nov. (Töblich verunglückt.) Der 27-jährige Josef Kraker wollte einen beladenen Landwagen nach Hause fahren. Auf einem abschüssigen Wege kitzelte der Wagen um und beugte den Mann unter sich. Da er sich von der Last nicht befreien konnte, wurde er von dem Wagen erdrückt.

Rehl, 25. Nov. (Gerüststurz bei Tunnelarbeiten.) Bei Tunnelarbeiten an der Schwarzwaldbahn kitzte am Montag ein Gerüst ein. Ein Arbeiter erlitt erhebliche Verletzungen am Fuß und mußte ins Trüberger Krankenhaus verbracht werden.

Die neuen Kliniken in Freiburg.

Einweihung am 1. Dezember. — 15 Millionen Mark Baukosten.

Ein Ueberblick über die erstellten Neubauten

In einer außerordentlich schwierigen Zeit ist in Freiburg ein bedeutendes Werk seinem Ende zugeführt worden: Ein Teil der klinischen Krankenhäuser ist vollendet. Der Neubau war eine unbedingte Notwendigkeit, nachdem die bisherigen zur Verfügung stehenden medizinischen Kliniken durchaus veraltet waren. Der älteste der Bauten dieser medizinischen Kliniken stammte aus den Jahren 1826 bis 1829. Im Jahre 1926 wurde zwischen der badischen Regierung und der Stadt Freiburg eine sogenannte Klinikgemeinschaft geschlossen, um wenigstens die dringendsten Bedürfnisse durch den Neu-



Teilbild der neuen Klinikbauten. Verbindungsbau zwischen medizinischer und chirurgischer Klinik.

bau einer medizinischen, einer chirurgischen Klinik mit orthopädischer Abteilung, samt den nötigen Betriebs- und Wirtschaftsräumen zu erfüllen.

Am 6. November 1926 fand die feierliche Grundsteinlegung der Medizinischen Klinik statt. Das Richtfest dieses Gebäudes war am 17. Dezember 1927 und mit dem Ausbau wurde im Juli 1928 begonnen. Der Rohbau der Chirurgischen Klinik wurde im Mai 1928 in Angriff genommen, der der Betriebs- und Wirtschaftsgebäude im Mai 1929. Die zur medizinischen Klinik gehörenden Tuberkulose- und Infektionskrankengebäude mit Verbindungsgängen und Liegehallen sind im Oktober 1930, die Straßen- und Gartenherstellungen im Februar 1930 begonnen worden. Die Desinfektionsgebäude, Tierställe, Werkstätten usw. wurden Mitte 1931 in Angriff genommen. Als letztes Gebäude wurde im Juli dieses Jahres das Nebengebäude erster und zweiter Klasse der Chirurgischen Klinik begonnen. Mit Ausnahme des letztgenannten Gebäudes können alle Kliniken im Dezember in Betrieb genommen werden.

Die Kosten der bisher ausgeführten Bauten betragen einschließlich innerer Einrichtung, Apparate, Gärten und Einriedung 15,3 Millionen Reichsmark. Davon trägt der badische Staat drei Fünftel, das sind etwas über 9,1 Millionen, und den Rest mit über 6,1 Millionen die Stadt Freiburg. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Betriebs- und Wirtschaftsgebäude bereits für alle vier Kliniken gebaut ist, also auch für die noch fehlende Frauen-, Hals-, Nasen- und Ohrenklinik. Die Vollenzung des ganzen Klinikums würde noch rund acht Millionen Mark erfordern. Es muß eine bessere Zeit abgewartet werden, die die restliche Durchführung des ganzen Bauwerks ermöglicht.

Der Hauptbau der Medizinischen Klinik ist vierstöckig; sie umfaßt 243 Betten. Von allen Sälen aus kann man die Betten unmittelbar auf die daneben befindlichen Liegehallen hinaussehen. Außerdem enthält dieses Gebäude einen Hörsaal mit 220 Sitzen und Vorbereitungsräumen. Die Chirurgische Klinik umfaßt insgesamt 307 Krankenbetten dritter Klasse und einen Hörsaal von 200 Sitzen, in dem auch Operationen vorgenommen werden können. Eine besondere aseptische Operationsabteilung liegt im ersten Obergeschoß und hat einen großen aseptischen Operationsaal mit drei Operationstischen. Die erste und zweite Klasse der Chirurgischen Klinik mit zusammen 28 Betten ist in einem einstöckigen Nebengebäude untergebracht.

Zu diesen Bauten treten, wie oben schon erwähnt, hinzu die Infektionsstationen und die Betriebs- und Wirtschaftsgebäude, die vielfach untereinander durch unterirdische Gänge verbunden sind. Die zentrale Kochküche kann nach ihrem Vollausbau täglich für 1500 Personen Essen bereiten. In dem Bereich der Betriebs- und Wirtschaftsgebäude liegen auch die zentrale Waschküche, das besondere Maschinen- und Kesselhaus und die Desinfektionsgebäude. Trotzdem im Hinblick auf die jetzige Zeit bei der Bauausführung und vor allem auch bei der Inneneinrichtung große Sparmaßregeln obwalten mußte, sind die beiden Kliniken mit allen erforderlichen modernen Apparaten der neuesten klinischen Wissenschaft ausgerüstet.

Moderne technische Einrichtungen.

Bei einem Rundgang durch die neuen Universitätskliniken, sieht man nicht ohne weiteres, welche Summe von technischen Einrichtungen zur vollkommenen Erfüllung der gestellten Ansprüche notwendig ist. Ueberall sind Kleinigkeiten zu verzeichnen. An Stelle der Handglocke auf dem Nachtschlaf des Kranken findet man den Druckknopf der Lichtsignalanlage, die ohne jedes Geräusch die fahrende Schweißer herbeiruft. Der eiserne Zimmerofen ist verdrängt durch den ruh- und staubfreien Dampf- oder Warmwasserheizkörper. Zu- und Abluftanlagen sorgen für hygienischen Luftwechsel. Eine Radioanlage schafft den Klinikbewohnern Kurzweil. Auch bei den Betriebs- und Wirtschaftsgebäuden hat sich im Vergleich zu den alten Kliniken manches geändert. Die neuen Kliniken enthalten ein zentrales Betriebsgebäude, von wo aus die Kliniken mit Dampf, Warmwasser

und elektr. Energie versorgt werden. Ebenso ist eine Zentralwasch- und Kochküche erstellt. Das Betriebsgebäude umfaßt eine hochinteressante Kessel- und Maschinenanlage mit eigener Stromerzeugung, Transformatorstation, Gleichrichteranlage, Batterieanlage, Elektrolampenabteilung, Betriebsüberwachungszentrale und der umfangreichen Schalt- und Verteilerorgane. In vortrefflicher Weise sind die einzelnen Anlagen aneinandergefügt und mit automatisch arbeitenden Einrichtungen versehen, so daß eine betriebsfähige Energiebereitstellung der Kliniken bei geringer Bedienungsarbeit gewährleistet wird. In geschmackvoller Form wurde für die Kliniken ein etwa 64 Meter hoher Wasserturm aus Eisenbeton erstellt, dessen Aufgabe es ist, das reißlos aus dem städtischen Leitungsnetz erhaltene Wasser in solchen Mengen und mit solchem Druck vorrätig zu erhalten, daß den Kliniken das wichtige Element niemals fehlen darf. Die Zentralwaschküche enthält alle zur Wäschebehandlung und Wäschefertigung notwendigen Einrichtungen. Hervorgehoben zu werden verdient die systematische Aufeinanderfolge der Arbeitsräume und die technisch gut durchgeleiteten Maschinen, mit welchen der Wäscheanfall von 2000 Personen gewaschen und gebügelt werden kann. Die Kochküche stellt eine kleine Welt für sich dar. In ihr finden wir eine Hauptküche dritter Klasse eine Küche 1. und 2. Klasse eine Diätküche, sowie eine kalte Küche, ferner Lagerräume, Maschinenräume, Arbeitsräume, Personenaufenthaltsräume, Kühlräume mit einer reichen Ausstattung von Maschinen und Apparaten verschiedenster Art für einen hochdifferenzierten Küchenbetrieb. Den Abschluß der Kochküche bildet eine geräumige Speiseabgabestelle. Für den Transport von Speisen, Wäsche, Müll und Material sind schnelllaufende Elektrolampen bereitgestellt. Der Verkehr vollzieht sich auf einem Karrenweg der unterirdisch so angelegt ist, daß er mit sämtlichen Kliniken und Nebengebäuden und der darin eingebauten Aufzugsanlagen in Verbindung steht. Aufzugsanlagen verschiedenster Art, wie Krankenaufzüge, Speiseaufzüge, Lastenaufzüge, Müllaufzüge sind in genügender Zahl für den Vertikaltransport eingebaut.

Die Operations- und die dazugehörigen Sterilisationsanlagen sind auf das modernste technisch ausgestattet. Die Hydro-, Mechano- und Elektrophysikalischen Abteilungen weisen alle Einrichtungen auf, um mit Hilfe von Wasser, Mechanik und Elektrizität Heilerfolge in vollkommener Art zu erzielen. Ebenso sind die Laboratorien mit neuesten Apparaten ausgestattet. Zu erwähnen sind noch die hochinteressanten Röntgenanlagen, Elektrokardiographie- und Röntgenstrahlentherapieeinrichtungen, Tiefen-Deutermieanlage, mit welchen Forschungs- und Lehrversuche, sowie Heilarbeit in reichlichem Maße gepflegt werden kann.

Die Planung und Bearbeitung der technischen Einrichtungen und Anlagen war dem Maschinentechnischen Büro des Finanzministers in Karlsruhe übertragen. Der Vorstand dieses Büros ist Regierungsbaurat Schwarz, dem Bauoberinspektor Fassmiller und Elektrobaumeister Schindler zur Verfügung standen. Die Bauleitung im engeren Sinne hatten der Regierungsbaumeister Walter und die Baumeister Rabenmayer, Elsäßer, Gaus, Demuth, Rüd, Weiß und Vogler inne. Die Oberleitung lag in den Händen von Oberbaurat Lorenz vom Bezirksbauamt Freiburg.

Besichtigung durch Regierung und Landtag.

Freiburg, 25. November.

Um zehn Uhr vormittags trafen hier die Mitglieder des Landtages fast vollständig ein, mit ihnen Staatspräsident Dr. Schmidt, Unterrichtsminister Dr. Baumgartner, sowie die zuständigen Referenten.

Auf dem Bahnhöfe hatten sich Vertreter der Stadtverwaltung Freiburg und der Universität eingefunden. Die Herren begaben sich sofort nach den neuen Kliniken, wo man sich zunächst im Hörsaal der Medizinischen Klinik versammelte. Minister Dr. Baumgartner hielt die anwesenden Mitglieder des Landtages und Bürgerausschusses der Stadt Freiburg namens der Staatsregierung und zugleich auch im Namen des anwesenden Oberbürgermeisters Dr. Bender herzlich willkommen und führte aus, die Besichtigung solle zeigen, was aus den großen Opfern der vielen Millionenbeträge geworden ist. Man solle eine Vorstellung erhalten von dem, was geleistet wurde. Der Minister kennzeichnete den dreifachen Zweck der Klinikbauten. Diese sollten dienen zur Heilung der Kranken, der Forschung, und dem Unterricht der Studenten. Unter diesen dreifachen Gesichtspunkten müßten die Bauten errichtet werden, über deren Notwendigkeit angesichts der fast polizeiwidrigen Zustände in der Albertstraße kein Zweifel mehr bestehen könnte. Leider seien die Mittel nicht vorhanden und in absehbarer Zeit auch nicht greifbar, um den Gesamtplan der vier Klinikbauten zur Ausführung zu bringen. Man müsse aber froh sein, daß es gelungen ist, die medizinische und chirurgische Klinik zu vollenden. Der Minister dankte dann namens des badischen Volkes und besonders derer, die das Haus künftig werden aufsuchen müssen, dem Landtag und dem Bürgerausschuß Freiburg für die Bewilligung der Summen für ein so großes Werk. Die Opfer seien für die Stadt gewiß nicht klein gewesen. Bekanntlich trägt die Stadt zwei Fünftel der Baukosten, während drei Fünftel auf den Staat entfallen. Nach einem kurzen Rückblick auf die fünf Jahre währende Baugeschichte sprach der Minister den Dank aus an alle am Bau beteiligten gewesenen Kreise. Sodann nahm Oberbaurat Lorenz das Wort, um an Hand des Lageplans und des Grundrisses kurze Erläuterungen zu geben. Dann begann der fast eineinhalbstündige Rundgang durch den großangelegten Komplex.

Nach der Besichtigung faßte Landtagspräsident Duffner die gewonnenen Eindrücke in einer kurzen Ansprache zusammen, worin er die Freude über das Gesehene bezeugte und sagte:

„Der Segen, der aus tausend Kanälen der Anlage hinausfließen werde, möge nicht nur von Heilung und Stärkung hinführen, sondern auch den Ruf und Ruhm der Stadt Freiburg und ihrer opferwilligen Bürgerchaft in das Land hinaus tragen.“ Er dankte nochmals seitens des Landtages insbesondere Oberbaurat Lorenz für die Führung. Auf Einladung der Stadt Freiburg unternahm dann ein Teil der Gäste einen Ausflug in den Schwarzwald durch eine Fahrt mit der Schauinslandbahn.

Das Norddracher Armenhaus abgebrannt.

55 Personen obdachlos. — Ein neuer Fall von Brandstiftung?

Nordrach, 25. Nov. Das zum größten Teile aus Holz erbaute, hochoben am Berge gelegene Armenhaus, brannte heute vollständig ab. 10 Familien, mit insgesamt 55 Personen, sind dadurch obdachlos geworden. Man vermutet Brandstiftung. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Wolfsch, 25. Nov. (Dachstuhl eingestürzt.) In Oberwolfach brach im Hause des Kaufmanns Friedrich Brühlle Feuer aus, dem der Dachstuhl zum Opfer fiel. Das ganze Haus wurde durch Wasser schwer beschädigt. Das Vieh und der größte Teil des Inventars konnte gerettet werden. Die Brandursache ist unbekannt.

Subillare.

r. Rastatt, 25. Nov. (40jähriges Dienstjubiläum.) Der Jungführer Valentin Maich vom Bahnhof Rastatt konnte sein 40jähriges Dienstjubiläum feiern. Aus diesem Anlaß wurden ihm vom Reichspräsidenten, vom Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft, vom Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe und seiner ihm unmittelbar vorgesetzten Dienstbehörde die üblichen Ehrungen und Anerkennungen zuteil.

Die Toten im Lande.

nz. Spöck, 25. Nov. (Todesfall.) Ein beliebter und geachteter Mitbürger, Figarottenmacher und Landwirt Karl Hartmann, starb im hohen Alter von 72 Jahren.

le. Philippsburg, 24. Nov. Im hohen Alter von 78 Jahren starb Schreinermeister Martin Rothermel. Im öffentlichen Leben unserer Stadt war der Verstorbene eine bekannte Persönlichkeit. Er war mehrere Jahre lang Mitglied des Bürgerausschusses.

Weisse Zähne: Odol-Zahnpasta

Der badische Einzelhandel zur Lage.

Gegen Zwangsmaßnahmen in der Wirtschaft. — Gegen Steuerzuschläge.

In etwa vierstündiger Sitzung nahm am Dienstag nachmittag der aus dem ganzen badischen Land nach Karlsruhe gefommene Gesamtlandesvorstand der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels Stellung zu der gegenwärtigen Lage und zu den verschiedenen Problemen, die z. B. den Badischen Einzelhandel beschäftigen.

Nach einem ausführlichen Bericht des Verbandsdirektors Steinel und nach Erledigung des Voranschlags für 1932 wurde zunächst auf die Winternothilfe-Lotterien und auf die sonstigen Nothilfeleistungen des Einzelhandels eingegangen. Es wurde hierbei festgestellt, daß der badische Einzelhandel an allen Nothilfemaßnahmen weitgehend beteiligt und bis an die äußerste Grenze des Möglichen herangegangen ist.

Zur Frage des früheren Badenjahres am Heiligen Abend wurde beschlossen, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in Berlin zu beauftragen, bei der Reichsregierung nachdrücklich dahin zu wirken, daß auf dem Wege der Notverordnung eine den Wünschen des Einzelhandels möglichst weit entgegenkommende Regelung erfolgt. Gleichermaßen wurde beschlossen, an den badischen Landtag heranzutreten, um die Frage einer gleichmäßigen Regelung der Feiertage des Verfassungstages erneut ins Rollen zu bringen. Der derzeitige Zustand, wonach der Verfassungstag allein in Baden und Hessen als Feiertag begangen wird, während alle übrigen Länder im Reich diesen Feiertag nicht kennen, könne auf die Dauer unter keinen Umständen mehr weiter bestehen bleiben.

In der Frage der Fiktalsteuer wurde eine Regelung dahingehend verlangt, daß die Fiktalgeschäfte ihre Steuern und Umlagen nach gleichen Normen wie der übrige Einzelhandel an dem Orte bezahlen, an dem die Geschäfte betrieben werden und nicht zentral am Sitz der Stammfirma.

Eingehend befaßte sich der Gesamtlandesvorstand des weiteren mit der

Tätigkeit des Wirtschaftsbeirats

und mit den darüber in die Öffentlichkeit gelangten Meldungen, die, anstatt Beruhigung zu bringen, den Einzelhandel mit lebhafter Sorge erfüllten. Nach längerer Aussprache wurden die vorgebrachten Gedankengänge in folgender Entschliebung zusammengefaßt:

Der am 24. November 1931 in Karlsruhe versammelte Gesamtlandesvorstand der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels hat mit lebhaftem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß der vom Herrn Reichspräsidenten ins Leben gerufene Wirtschaftsbeirat auseinandergegangen ist, ohne der Reichsregierung Vorschläge zu unterbreiten, die eine Entlastung der Wirtschaft und damit eine Wiedergewinnung der unerträglich gewordenen Verhältnisse in Aussicht stellen.

Das vom Herrn Reichkanzler Dr. Brüning zusammengestellte und in den Tageszeitungen veröffentlichte Ergebnis der Beratungen des Wirtschaftsbeirats kann bei dem Zweige der Wirtschaft, den der Landesvorstand des Badischen Einzelhandels vertritt, keine Freude auslösen. Im Gegenteil muß nachdrücklich beanstandet werden, daß dieses Ergebnis in eine Richtung gefaßt ist, die bei weitem Kreisen des Publikums den Anschein erweckt, als beabsichtige die Reichsregierung durch Zwangsmaßnahmen einen weiteren Abbau der Kleinhandelspreise herbeizuführen. Da die derzeitige Reichsregierung offensichtlich weder den Willen, noch die Macht besitzt, die für die Preisbildung wesentlichen Faktoren — Steuern, Zinsätze, Tarife, staatliche und städtische Abgaben und Gebühren, Mieten usw. — herabzusetzen, können die vom Herrn Reichkanzler durch seine Veröffentlichung geweckten Hoffnungen nicht in Erfüllung gehen, wohl aber steht zu befürchten, daß eine erneute Kaufzurückhaltung der Verbraucherschaft die unmittelbare Folge davon sein wird.

Der Badische Einzelhandel, der im Preisabbau in den letzten Jahren freiwillig das Menschenmögliche getan hat, erhebt gegen ein derartiges Vorgehen des verantwortlichen Leiters der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit Einspruch und richtet an die Verbraucherschaft die dringende Mahnung, sich durch die behördlicherseits künstlich erzeugten Hoffnungen auf einen nahe

bedorftenden weiteren Preisabbau nicht beeinflussen zu lassen. So wünschenswert die Erfüllung dieser Hoffnungen wäre und so gerne der Einzelhandel schon im eigensten Interesse dazu beitragen würde, ist ein weiterer Preisabbau doch nur möglich, wenn die schon oben angedeuteten Vorbedingungen wesentlicher Entlastungen in den Geseftungskosten erfüllt würden.

Behördliche Zwangsmaßnahmen gegen die Wirtschaft haben noch nie zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse geführt und wir warnen dringend vor weiteren Experimenten auf dem Gebiete amtlicher Preisregulierungsbestrebungen. Wir appellieren aber auch an den gelunden Verstand der Verbraucherschaft nicht im jetzigen Moment wo die Existenz der gesamten Wirtschaft und darüber hinaus auch das Wohl der Verbraucherschaft selbst von einer Belebung der Umsätze abhängt, eine über den Rahmen des absolut Notwendigen hinausgehende Kaufzurückhaltung zu üben. Eine außerordentliche Erhöhung der an sich schon sehr großen Zahl der Insolvenzen in Handel und Industrie und eine beträchtliche weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit müßten die unmittelbaren Folgen sein.

Im Anschluß hieran betont der Gesamtlandesvorstand der Landeszentrale des badischen Einzelhandels, daß die in neuesten Zeitungsberichten hervorhehobene Absicht der Reichsregierung, zur Ausbalanzierung des Etats eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 Prozent vorzunehmen, zwingend zum Gegenteil dessen führen müßte, was der Wirtschaftsbeirat nach den Erklärungen des Herrn Reichkanzlers als vordringlichste Aufgabe der nächsten Zukunft bezeichnete. Der Einzelhandel ist bei den heutigen katastrophalen Verhältnissen unter gar keinen Umständen in der Lage, eine derartige Umsatzsteuererhöhung zu tragen. Im Interesse der Verbraucherschaft protestiert der badische Einzelhandel nachdrücklich gegen jedwede Erhöhung der Umsatzsteuer in ihrer derzeitigen Form und macht die Reichsregierung heute schon auf die Folgen aufmerksam, die sich aus der Durchführung ihrer Absichten ergeben müßten.

Erneuten Protest erhebt der Landesvorstand der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels ferner gegen die geradezu wucherische Belastung, die den Steuerzahlern durch die Reichsfinanzbehörde auferlegt wird. Dieser Steuerzuschlag von 120 Prozent pro Jahr ist unerträglich und muß mit größter Beschleunigung auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. Die Parlamente und die hinter ihnen stehende Allgemeinheit werden dringend gebeten, diese Forderungen zu unterstützen.

Diese Entschliebung fand einstimmige Annahme. In seinem Schlusswort stellte Herr Präsident Wilske, der die Verhandlungen leitete, fest, daß der badische Einzelhandel von dem guten Willen durchdrungen sei, den staatlichen Anforderungen und der Allgemeinheit weitgehend entgegenzukommen, daß er andererseits aber auch Verständnis für seine ungenueher schwierige Lage verlangen und vom Staat den Schutz seiner Existenz fordern müsse. Nur in völliger Einigkeit der Gesamtheit des Einzelhandels könne die Möglichkeit seiner Existenzhaltung liegen.

Dunkle Autogeschäfte.

Unter starkem Andrang des Publikums wurde vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor Strauß) ein interessanter Hehlereiprozess verhandelt, in welchem sich der 28 Jahre alte Kaufmann Johann H. aus Bruchsal und der 35 Jahre alte verheiratete Automobilhändler Josef K. aus Durlach wegen gemeinschaftlicher gewerbsmäßiger Hehlerei zu verantworten hatten. Die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt Dr. Heinsheimer.

Nach der Anklage haben K. und H. gemeinsam am 26. März ds. Js. in Karlsruhe einen Zweifischer-Perlenkraftwagen Opel, der am 18. März in Wörzheim zum Nachteil eines Oberarztes gekauft worden war, für 400 Mark an einem Möbelpediteur verkauft. Am 7. April haben sie einen Zweifischer-Opelkraftwagen, der am 26. März in Stuttgart erworben worden war, einem Direktor in Karlsruhe für 1200 Mark verkauft. K. hat weiter allein am 12. Mai dieses Jahres in Durlach einen Zweifischer-Perlenkraftwagen, der am 20. April in Mannheim gekauft wurde, an einen Holzhändler in Wolfach verkauft für 1800 Mark; endlich hat K. im April dieses Jahres in Durlach einen Vierfischer-Perlenkraftwagen, der in Stuttgart erworben wurde, an sich gebracht und an einen Kaufmann in Karlsruhe ausgeliefert. In allen Fällen hat K. die Perlenkraftwagen den nicht ermittelten Dieben abgenommen und nach Aenderung der Farbe und der Nummern des Motors und Fahrgestells durch Vermittlung des H. dem Brovisions- und Gewinnaufschlag gewährt wurde, weiter verkauft.

Oberstaatsanwalt Dr. Heinsheimer betonte, daß sich der Autodiebstahl zu einer Landplage ausgewachsen habe. K. habe derart geübelt und gelogen, daß man ängstlich auf die Balken sehen mußte, ob sie sich nicht biegen. Gegen K. beantragte er ein Jahr drei Monate Zuchthaus, gegen H. ein Jahr Zuchthaus, evtl. acht Monate Gefängnis. Bei K. bat er, von der Unternehmung der Unteruchungshaft Abstand zu nehmen.

Das Schöffengericht verurteilte K. wegen Hehlerei nach § 250 in vier Fällen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und H. wegen Hehlerei in zwei Fällen zu sechs Monaten Gefängnis abhänghche zwei Monaten Unteruchungshaft.

Voranzeigen der Veranstalter.

„Soll und Haben der Welttriebe“ ist das Thema des am nächsten Samstag, den 28. November, von Dr. Roman Ros, Bielefeld, im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Vereinigung am Gymnasium im Saal der heiligen Anthroposophischen Gesellschaft zu haltenden öffentlichen Vortrags. Es sei auch an dieser Stelle auf den Vortrag aufmerksam gemacht. A. Café Muelem, Heute, Donnerstag abend, findet ein Konzert der Kapelle Polzele statt.

Kaffeeabend, Heute, Donnerstag abend findet das letzte Sonderkonzert der Kapelle Gortshall-Dorfer statt, unter Mitwirkung der besten Sängersummensummist (Gretel von Walden und des rheinischen Komikers Walter Ober). (Siehe die Anzeige.)

Kaffeeabend, Heute, Donnerstag abend findet heute Gesellschaftstanz statt. (Siehe die Anzeige.)

Auszug aus den Standsbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 26. November: Klaus Huber, 1 Jahr 8 Monate alt. Vater: Karl Huber, Mutter: 24. November: Emilie Käthe, 10 Jahre alt. Schwester von Jakob Scheller, Kaufmann, 66 Jahre alt.

Die Rückzahlung von aufgewerteten Sparguthaben.

Hinauschiebung des Zahlungstermins.

In der Verordnung zur Durchführung der Aufwertung von Sparguthaben vom 2. Juni 1926 war bestimmt, daß aufgewertete Sparguthaben auf 1. Januar 1932 gekündigt werden konnten. Der gegenwärtigen Lage auf dem Geldmarkt entsprechend, hat der badische Minister des Innern eine neue Verordnung veröffentlicht, die besagt: Stellt eine Sparkasse bis zum 31. Dezember 1931 einen dahingehenden Antrag, so kann der Minister des Innern die Zulässigkeit der Kündigung der ersten Hälfte der aufgewerteten Sparguthaben über den 1. Januar 1932, jedoch nicht über den 1. Januar 1935 hinauschieben. Dabei kann für kleinere Aufwertungsparcelslagen ein früherer Kündigungstermin zugelassen werden als für größere. Soweit die Kündigung auf einen vor dem 1. Januar 1935 liegenden Zeitpunkt zugelassen wird, kann auf einen vor diesem Zeitpunkt gestellten Antrag eine weitere Hinauschiebung bis zum 1. Januar 1935 erfolgen.

h. Konzert des Karlsruher Studentendienstes. In der Reihe der musikalischen Abende, die der Karlsruher Studentendienst e. V. im großen Saale des Studentenhauses für seine Mitglieder und Freunde gibt, sang Konzertfängerin Heidi Paulke die biblischen Gesänge von Anton Dvorak, Lieder von Franz Schubert, zwei Gesänge des Schweizer Komponisten Othmar Schoed und zum Schluß neben einigen Dreingaben drei weniger bekannte Lieder von Richard Strauß. Die sympathische Sängerin nennt einen klangvollen, wohlgebildeten Alt ihr eigen, der durch seine angenehmen klanglichen Eigenschaften und die warm ansprechende Art des Vortrages sofort die Hörer gewinnt. Die Hörer spendeten ihren wohlgelungenen Liebesvorträgen einmütigen Beifall und forderten sie zu mehreren Dreingaben auf. Hermann Bisflier wirkte am Flügel als vorzüglichster Begleiter.

Schauturnen des Karlsruher Turnvereins. Wer am Sonntag morgen Gelegenheit hatte, in der Festhalle dem Übungsbetrieb des K.T.V. anzuschauen, dem gab dieser Betrieb eine Vorahnung von dem turnerischen Ereignis, das am kommenden Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr, in der Festhalle vor sich gehen wird. Es ist an dieser Stelle bereits auf die Bewegungs- und Sprechstunde hingewiesen worden, die bei dem Jubiläumsschauturnen des K.T.V. zum ersten Mal in Karlsruhe bei einem Schauturnen zur Durchführung kommen werden. Sie werden im Kranz der Darbietungen einen besonderen Höhepunkt bilden. Aber auch all die anderen turnerischen Vorführungen, die alle anzuzählen oder irgendeine herauszugreifen, hier nicht am Blase ist werden klappen, dafür sind uns die Abteilungsleiter des Vereins die beste Gewähr. Dem Zuschauer aber werden 1 1/2 Stunden reiner Freude beschieden sein. Also auf zum Schauturnen! Nach dem Schauturnen findet ein Festakt in der Festhalle statt, der den zu ehrenden Mitgliedern des Vereins gilt. Für treue Mitarbeit werden zahlreiche Turnfreunde geehrt werden. Die Leistungen für den Verein, wie überhaupt für die deutsche Turnschache, ob als aktiver Turner oder als „Arbeitspferd“ in den Gremien des Vereins werden ihre gerechte Belohnung finden. Die Ehrungen selbst gehen aus vom Gau, vom X. Turnkreis und von der Deutschen Turnerschaft. Es wird sich also bei diesen Ehrungen nicht um alltägliche handeln und es wird dieser Ehrenakt einen würdigen Abschluß des Schauturnens bilden, das der Höhepunkt im 85. Lebensjahr des K.T.V. sein wird. (Näheres siehe Anzeige.)

Geh zu TIETZ! Dann reicht's!

1/2 Dose = ca. 2 Pfund		1/2 Dose = ca. 1 Pfund		Verkauf soweit Vorrat	
Normal	1/2 Dose	1/2 Dose	Normal	1/2 Dose	1/2 Dose
Jge. Brech- und Schnittbohnen	52	—	Junge Erbsen	70	45
Jg. Brech- und Schnittbohnen I	65	42	Junge Erbsen mittelfein	80	50
Wachs-Brechbohnen	75	45	Jg. Erbsen mit geschneitten Karotten	70	45
Junge Perl-Brechbohnen	85	50	Karotten geschneitten	38	—
Fst. Stang.-Wachsbruchbohnen	1.-	55	Leipziger Allerlei	80	—
Gemüse-Erbsen	60	—	Berliner Allerlei	70	—

Wir haben einen Riesen-Kuchen gebacken!!

ca. 250 kg schwer 150 cm Durchmesser

UNSERE BACK-SPEZIALITÄTEN:

10 Pfd.	5 Pfd.	Süße Mandeln Pfd.	1.60 1.25
1.10	1.10	Bittere Mandeln	Pfund 1.25
2.60 1.35	2.80 1.45	Haselnußkerne	Pfund 1.10
68	78	Kokosraspel	Pfund 35
88	88	Zitronat	Pfund 1.10
		Orangeat	Pfund 95

Das Gelingen verdanken wir unseren guten Back-Zutaten

Gratiskostproben von diesem Kuchen stehen zur Verfügung!!

Wild / Geflügel	Frische Seefische	Frische Räucherwaren
Hasen blutfrisch, o. Fell, Pfund 95	Donnerstags frisch eintreffend:	Makrelen, geräuchert oder Stück ca. 25
Hasenrücken und -Schlegel Pfund 1.10	Schellfisch schwer Pfund 18	Schellfisch, geräuchert oder Stück ca. 10-15
Hasenragout Pfund 68	Kabliu Pfund 16	Seelachs od. Goldbarsch oder ger., St. ca. 15-20
Rehrück. od. -Schlegel 98	Kabliu-Filet Pfund 28	Fleckerlinge, geräuchert oder Stück ca. 10
Rehbug Pfund 90	Brat-Schellfisch, Goldbarsch, Goldbarschfilet	Lachsringe, geräuchert oder Stück ca. 8-10
Rehragout Pfund 78	Karpfen lebend Pfund 80	Sprotten 1/4 Pfd. 30, ca. 1 Pfd. K. 45
Suppenhühner Pfund 90	Schleien lebend Pfund 80	Bücklinge Pfd. 0.5, Stück ca. 5
Hafermastgänse ger., Pfd. 1.30	Hechte lebend Pfund 90	Bismarckheringe, 1 Liter Dose 75
Hafermastenten Pfund 1.20	Bräsen lebend Pfund 75	Rollmops, Hering 1/2 Liter Dose 45
		in Gel., Kronarsdin. 1/2 Liter Dose 45
		Bratheringe 1 Liter D. 65, 1/2 Liter D. 40
		Salztheringe Dose 6 Stück 40

Unser Preis! **158**

Alleinstimmig! **Wahlplumbüchlein**

